

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 3

Artikel: Die Bedeutung des Lohnes in langfristiger, gesamtwirtschaftlicher Betrachtung
Autor: Schmidt, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Bedeutung des Lohnes in langfristiger, gesamtwirtschaftlicher Betrachtung

Es ist hier nicht der Ort, in den Streit volkswirtschaftlicher Lehrmeinungen einzugreifen; auch nicht, besondere volkswirtschaftliche Probleme fremder Länder aufzugreifen. Wenn wir uns trotzdem in die Besprechung einer Studie über « Die amerikanische Volkswirtschaft im Jahre 1960 — Wirtschaftlicher Fortschritt in einer Welt voll Spannung »¹ einlassen, so tun wir das, weil die allgemeine Bedeutung dieser Studie auch außerhalb der Vereinigten Staaten von ernstesten Forschern anerkannt worden ist und weil sie selbst für schweizerische Verhältnisse wertvolle Anregungen zu geben vermag, obschon die Voraussetzungen hier nicht ganz die gleichen sein können und gewisse Modifikationen in den Schlußfolgerungen des Berichtes durchaus am Platz sind.

Die Studie prüft die Bedingungen, unter denen bei rückläufigen Rüstungsaufwendungen Produktionsausweitung, Wohlstandsmehrung und stetige Wirtschaftsentwicklung nach allgemeinem Ermessen gewährleistet sein dürften. Die Bedeutung der Studie liegt aber auch darin, daß sie entscheidende Probleme der Hochkonjunktur herauschält — Probleme, die gleichermaßen auch in der Schweiz sich stellen. In ihren Untersuchungen bedient sie sich der zahlenmäßigen Modellkonstruktion, was erlaubt, mit Mitteln einer fortgeschriebenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung numerische Alternativanalysen durchzuführen. Auf diese Weise gelingt es, in vielen und entscheidenden Fragen über die mögliche Entwicklung auszusagen, wie es selbst bei bester umschreibender Erörterung einfach ausgeschlossen ist — besonders dort, wo neben der qualitativen auch die quantitativen Folgen eines Entscheides maßgeblich sind und seinen Erfolg oder Mißerfolg bestimmen. Der Bericht will weder eine Konjunkturprognose geben noch Pläne unterbreiten, auf Grund derer befohlen werden soll, oder gar Prognosen über langfristige Entwicklungen stellen, sondern bloß denen technische Hilfe sein, die Entscheide der privaten und öffentlichen Wirtschaftspolitik, der Steuerpolitik, der Preis- und Lohnpolitik, der Arbeitsbeschaffungspolitik usw. treffen müssen. Streng wissenschaftlich sind die Grenzen abgesteckt, innerhalb denen die amerikanische Volkswirtschaft vermutlich sich entwickeln wird, wenn sie zugleich Produktionsausweitung, steigender Wohlstand, Stabilität und eine angemessene Aufrüstung gewährleisten soll.

Rechnerischer Ausgangspunkt der Studie ist das Bruttosozialprodukt (gross national product = Wert aller produzierten Güter und

¹ «The American Economy in 1960 — Economic Progress in a World of Tension». A National Planning Association Staff Report, Washington, December 1952. Bearbeitet von Gerhard Colm, unter Mitwirkung von Marilyn Young.

Dienstleistungen) der Vereinigten Staaten von 329,2 Mia Dollar im Jahre 1951. Nach vorsichtiger Bewertung der Bevölkerungsvermehrung und des hiermit verbundenen Arbeitskraftzuwachses, des technischen Fortschrittes und der durch ihn gebotenen Steigerung der Produktivität je Arbeitskraft und Arbeitsstunde und nach Berücksichtigung anderer Faktoren unter gleichzeitiger Berichtigung der durch Kriegsverhältnisse geschaffenen Bedingungen wurde berechnet, daß bei stetem Wachstum der Wirtschaft das Sozialprodukt 1960 rund 425 Mia Dollar oder 29 Prozent mehr als 1951 betragen wird. Das entspräche einer jährlichen Wachstumsrate von 3 Prozent. Dabei ist u. a. angenommen, daß auch 1960 gleich wie 1951 etwa 4 Prozent der zivilen Arbeitskräfte arbeitslos seien — eine Rate, die mit einem hohen Beschäftigungsstand gerade noch als vereinbar betrachtet wird — und daß die Produktivität in der Privatindustrie pro Mann und Stunde um jährlich 2,5 Prozent steige gegen 3,3 Prozent von 1939 bis 1951 oder etwas über 2 Prozent für die Jahre seit 1929. Technisch ist also — eine angemessene Vollbeschäftigung vorausgesetzt — ein Sozialprodukt von 425 Mia Dollar erreichbar.

Aber dieses Sozialprodukt wird nur erzielt, wenn auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind oder geschaffen werden. Und damit befaßt sich die Studie in erster Linie.

Heute stehen wir im Höhepunkt der Konjunktur — vielleicht haben wir ihn schon hinter uns. Die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen, die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und der Umfang stillgelegter betrieblicher Produktionskapazität lassen sich noch verantworten.

Der Bericht hebt nun hervor, daß dieser Stand nur gehalten und die stetig wachsende Wirtschaft erst möglich wird, wenn ein bestimmtes Verhältnis zwischen Gesamtproduktion, Investition und Verbrauch beachtet, geschaffen und auch beibehalten wird. In einer Marktwirtschaft gibt es hierfür viele Möglichkeiten — auch in der Planwirtschaft natürlich, — nur legt dort das Planungsbüro die Marschroute fest. Es ist nun ein großes Verdienst der Studie, aufzuzeigen, wie auf lange Sicht viele der betretbaren und von einzelnen Gruppen bevorzugten Wege in Sackgassen führen, im konkreten Falle der USA weder das mögliche Sozialprodukt von 425 Mia Dollar sicherstellen noch auf die Dauer Vollbeschäftigung, Stabilität und Wohlstandsmehrung gewährleisten.

In der Annahme, daß die Rüstungsausgaben und Verteidigungsinvestitionen von rund 60 Mia Dollar für 1953 in den nächsten Jahren auf das sogenannte «maintenance level» von 40 Mia Dollar fallen werden, das heißt auf das Niveau, auf welchem nach Äußerungen seitens der Regierung die Verteidigungsausgaben nach Durchführung der gegenwärtigen Aufrüstung sich halten sollten, hat die Studie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten ein Wirtschaftsmodell durchgerechnet, das

die gehegten Erwartungen erfüllen und den Weg des Möglichen weisen dürfte. Das Modell soll kein starres, unabänderliches Schema, kein Fünfjahresplan, wohl aber ein Hilfsmittel oder eine Wegleitung sein.

Auf der Ausgabenseite des Modells fällt auf: Die Verbraucherausgaben sollen sehr stark von 208 Mia für 1951 auf 291 Mia Dollar für 1960 steigen oder ihr Anteil am Sozialprodukt von 61 Prozent auf 68 Prozent sich vermehren. Die öffentlichen Ausgaben hätten absolut zu-, relativ aber abzunehmen (von 22 auf 18 Prozent des Sozialprodukts), wobei eine Verschiebung von den Verteidigungs- zu den Zivilausgaben (Schulen, öffentliche Investitionen usw.) einzutreten habe. Der Anteil der gesamten Investitionsaufwendungen der Privatwirtschaft würde praktisch gleich bleiben, aber insofern in sich eine Verschiebung erfahren, als die gegenüber 1951 stark einzuschränkende Lageräußnung durch absolut wesentlich vermehrte Investitionen in Anlagen, Maschinen, Wohnhäusern und im gesteigerten Kapitalexport auszugleichen wäre.

Ueber die Berechnungen selbst gibt ein umfangreicher Anhang detaillierte Auskunft.

Als wichtigste Folgerung hebt die Studie selbst hervor:

Eines der Hauptergebnisse dieser Untersuchung ist, daß beim Uebergang von einer Wirtschaft mit steigenden Verteidigungsausgaben und — Investitionen zu einer Wirtschaft mit gleichbleibenden oder schrumpfenden Rüstungsausgaben und Verteidigungsinvestitionen der Verbrauch nicht nur absolut, sondern auch relativ zunehmen muß» (Seite 100). Diese Folgerung wird noch dahin genauer umschrieben: «Für die Periode der Senkung der Verteidigungsausgaben muß ein Weg gefunden werden, um die durchschnittlichen Lohnsätze über das durch die Entwicklung der Produktivität gegebene Maß hinaus zu steigern, ohne gleichzeitig einen unerwünschten Druck auf die Gewinne, die als Anreiz für die Ausdehnung der Wirtschaft notwendig sind, herbeizuführen. (Seite 103.)

Also hinter der Verbrauchsausweitung hat eine entsprechende Einkommenserhöhung zu stehen, da ja nur die mit Kaufkraft versorgte Nachfrage in der Wirtschaft zählt. Dieser ersten Phase hätte dann zur Sicherung der Vollbeschäftigung die zweite zu folgen, in welcher nur noch der Ertrag aus der Produktivität als Hauptfaktor für Lohnerhöhungen — die nominell oder real durch Preissenkung oder einer Kombination beider sein könnten — zu zählen hätte.

Die Studie hat mit ihrer Berechnung die Größe dieser als notwendig erachteten Verschiebungen abgesteckt. Mit der Zunahme des Bruttosozialprodukts bis 1960 um 29 Prozent soll eine Erhöhung des Verbrauches um 40 Prozent einhergehen. Der überproportionalen Verbrauchssteigerung müßte ein überproportionales Anwachsen entsprechen, wobei Verschiebungen zwischen Arbeits-, Landwirtschafts- und andern Einkommensarten noch durchaus offen bleiben. In den USA nahm von 1929 bis 1951 der persönliche Verbrauch auf

den Kopf jährlich um 1,5 Prozent zu, von 1951 bis 1960 sollte er im Durchschnitt jedoch um 2,3 Prozent steigen.

Wenn wir hier Fragen des Verbrauches und der persönlichen Einkommen besonders hervorheben, tun wir es, weil die Studie dieser Frage großes Gewicht beimißt, möchten aber nicht den Eindruck erwecken, die Studie wolle die Kaufkrafttheorie in ihrer alten Fassung auffrischen; davon kann keine Rede sein. Nicht die absoluten Größen stehen im Vordergrund des Interesses, sondern das *Größenverhältnis* zwischen Erzeugung, Investition und Verbrauch und wie dieses gegebenenfalls zu korrigieren ist, damit das für 1960 technisch mögliche Sozialprodukt sichergestellt wird.

Der Bericht geht denn auch auf die übrigen Bedingungen nicht weniger ausführlich ein. Eine Steuerherabsetzung unter die Sätze von 1949 (vor Korea) erachtet er nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig. Daneben wäre eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für andere als Rüstungszwecke, insbesondere für öffentliche Investitionen mehr als angebracht. Ferner sollte die Steuerpolitik private Investitionen ermutigen und Maßnahmen zur Förderung des amerikanischen Außenhandels und des Kapitalexportes — letzterer bis zu 25 Mia Dollar jährlich oder mehr als das Zehnfache von heute, was außerhalb des Möglichen zu liegen scheint — ergriffen werden. Eines der wichtigen, aber schwer zu lösenden Probleme einer freien Marktwirtschaft ist das Ausrichten der Preis- und Lohnpolitik bzw. der Preis- und Lohnniveaus auf eine Linie, welche die Erwartungen betreffend Beschäftigung, Stabilität und Wachstum erfüllen wird.

Ist der Bericht Ausfluß utopischer Spekulationen oder weltfremder theoretischer Ueberlegungen? Dies bejahen, hieße heute, heiklen und dringlichen Problemen einfach auszuweichen. Die Studie ist das Ergebnis ernsthafter wissenschaftlicher Arbeiten, sie geht von wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten aus und weist auf eine allseitig tragbare Lösung hin. Zweifellos haben ihre Feststellungen und Empfehlungen große praktische Bedeutung, was schon dadurch zum Ausdruck kommt, daß führende Leute der Wirtschaft und der Verwaltung Amerikas ihr lebhaftes Interesse entgegenbringen. In letzter Zeit mehren sich Maßnahmen, die den Folgerungen der Studie Rechnung tragen oder die den Weg, den sie weist, beschreiten.

Die schon von der Regierung Truman in Aussicht gestellte Herabsetzung der Rüstungsausgaben bringt das Budget der Regierung Eisenhower. Die tatsächlichen Ausgaben für Verteidigung sollen von 48,7 (1954) auf 44,8 Mia Dollar (1955) zurückgehen. Zahlreiche Vorschläge zur Revision der Steuergesetzgebung werden den Steuerzahlern Erleichterungen von rund 5 Mia Dollar bringen. Für später sind weitere Abbauten in Aussicht gestellt. Der Bericht der Randall-Kommission an den Präsidenten Eisenhower enthält mehrere Emp-

fehlungen zur Förderung privater amerikanischer Investitionen im Ausland bis zu 3 Mia Dollar jährlich. Oder sei es auf Gewerkschaften und Unternehmer verwiesen, die in den letzten Jahren vermehrt langfristige Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen haben, welche die Löhne an den Index der Lebenshaltungskosten binden und darüber hinaus Erhöhungen des Reallohnes um 2,5 Prozent und mehr jährlich festlegen. Ende 1953 hat an einer Pressekonferenz *Harold Stassen*, Direktor des Amtes für Auslandshilfe, sowohl für die USA wie für das Ausland festgestellt, daß die Zeit für allgemeine reale Lohnsteigerungen gekommen ist. Als Letztes erwähnen wir Präsident Eisenhowers Botschaft von Ende Januar 1954 über die Wirtschaftslage, in welcher — um der rückläufigen Tendenz der Konjunktur entgegenzuwirken — u. a. die Ausdehnung der Sozialversicherung und ein neues Agrarprogramm vorgeschlagen werden, was neben der sozialen Momente auch den Verbrauchsumfang sichern oder seinen Rückgang abbremsen wird.

Zur Erläuterung dessen, um was es sich hier handelt, sei auf das Ergebnis der in den letzten Tagen des Jahres 1953 abgehaltenen Tagungen der amerikanischen Statistiker und der Volkswirtschaftler verwiesen. Allgemein ist da Zweifel darüber geäußert worden, daß die Ausgaben der Verbraucher in diesem Jahr genügend steigen werden, um die zu erwartende Abnahme der Regierungsausgaben und der Ausgaben für private Investitionen zu kompensieren. Es wird daher angenommen, daß das Sozialprodukt der USA 1954 um etwa 5 Prozent fallen und die gegenwärtige Arbeitslosigkeit von 1,5 Millionen auf 3,5 Millionen Arbeitskräfte steigen werde.

Wenn wir auf verschiedene wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Maßnahmen der jüngsten Zeit hingewiesen haben, wollen wir damit nicht behaupten, die Studie der National Planning Association hätte sich hier und anderswo schon ausgewirkt. Wie weit es tatsächlich zutreffen mag, das können wir nicht beurteilen. Jedoch darf gewiß das festgestellt werden, daß die Studie in ihrer Modellrechnung das zusammenfaßt und in den allgemeinen Zusammenhang bringt, was andere auf ihrem Teilgebiet als notwendig oder als gegeben erkannt haben. Die Beispiele zeigen ferner, daß der Weg, den die Studie weist, als begehbar erscheint.

Ein weiterer Verdienst der Studie ist gewiß, im Höhepunkt der Konjunktur hervorzuheben, wie der Konsum zu steigen hat und ein Rückgang zu bekämpfen ist, wenn Konjunkturrückschlag und Krise vermieden werden sollen. Das gleiche Problem spielt übrigens in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland über die sogenannte «Mengenkonjunktur» eine nicht untergeordnete Rolle. Gleich aktuell ist die damit verbundene Frage nach dem Verhältnis der Ersparnisse zum Einkommen oder zum Sozialprodukt, da die Sparquote in den kommenden Jahren — wenn sie es nicht heute schon tut — den Umfang der rein marktwirtschaft-

lich bestimmten Investitionen übersteigen kann. Dieses Problem mit all den Krisenfolgen im Schlepptau und andere Fragen hebt der Bericht mit aller Deutlichkeit hervor, und auch, daß eine Lösung gefunden werden muß, aber die Lösung selbst gibt er nicht. Das setzt den Wert der Studie nicht herab, denn — das sei wiederholt — sie will ein «Ausgangspunkt für weitere Studien über private und öffentliche Wirtschaftspolitik, Investitionspolitik, Steuerpolitik, Preis- und Lohnpolitik, Politik öffentlicher Arbeiten usw. sein». In seinem Schlußsatz hat der Bericht das so umschrieben: «Wenn wir die Volkswirtschaft 1960 analysieren, so kümmert uns nicht in erster Linie das, was in acht Jahren ab heute *sein mag*, sondern wir interessieren uns für die Entscheidungen der Unternehmer, der Farmer, der Arbeiter und der Regierung, die unmittelbar heute getroffen oder vorbereitet werden müssen.»

Der Gewerkschafter wird also das hier gebotene Ergebnis rechnerischer Untersuchungen entgegennehmen und seine Aufmerksamkeit auf die preis- und lohnpolitischen Probleme richten, die ihm bekannt sind. Lösungen findet er keine, aber es wird ihm ein Weg gewiesen, den er zu erforschen und durch seine Entscheidungen zu sichern hat. Gleich werden sich der Konjunkturforscher, der Finanzwirtschaftler u. a. des Berichtes bedienen.

Da türmen sich aber die Schwierigkeiten nur so auf. Wir haben schon darauf hingewiesen: der aufgezeigte Weg ist nicht eindeutig, eine Reihe von Möglichkeiten öffnen sich. Zusammenhänge und gegenseitige Abhängigkeiten zeigen sich, die zwingen, das oder die Probleme auch unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Es werden Entscheide notwendig sein, die mit den persönlichen oder privatwirtschaftlichen Interessen sich gar nicht oder nur teilweise decken.

Wahrscheinlich stärker noch als anderswo bedeutet Freiheit in der freien Marktwirtschaft, die ja eine Wettbewerbswirtschaft ist, immer irgendwie eine persönliche Verpflichtung, ein Maßhalten, ein Nichtüberschreiten von Grenzen. Und hier steigen die Schwierigkeiten steil an.

Der Bericht mit seiner Modellrechnung weist unmißverständlich den Angehörigen der einzelnen Gruppen ihre Verpflichtung, ihr Maßhalten, ihre Verantwortung an, steckt ihnen die Grenzen für ihr Handeln ab — einzig zum Zweck, den heute in der Hochkonjunktur erreichten hohen Beschäftigungsstand und die Wirtschaftsstabilität zu erhalten. Für den Arbeiter und für den Landwirt decken sich diese Forderungen weitgehend mit ihren persönlichen Interessen. Wie steht es aber mit den Unternehmern? In seiner Unternehmung läßt sich dieser von seinem Gewinnstreben leiten, und in einer Wettbewerbswirtschaft darf er letzteres bei Strafe seines Unterganges nicht mißachten. Hier sind denn auch die Klippen; wenn es nur gälte, zwischen Scylla und Charybdis hindurch-

zusteuern, dann wäre das Problem viel einfacher. In fast jedem Geschäftsbericht können wir gegenwärtig im Höhepunkt der Konjunktur ungefähr das Folgende lesen: «Da die Konjunkturverhältnisse sich verschärfen, zwingt uns diese Entwicklung der technischen Erneuerung und der Rationalisierung noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um so unsere Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen.» Und da wirtschaftliche Entschlüsse stets in Erwartung künftiger Marktlagen erfolgen und ein Abflauen der Konjunktur allgemein erwartet wird, kann es gar nicht mehr so lange dauern, daß der Unternehmer auch im Lohn eine Quelle der Kostenersparnisse sucht und vom *Lohnabbau* redet. Der Unternehmer jedoch, der einerseits die Zusammenhänge und die gegenseitige Abhängigkeit sieht — er wird der Minderheit seiner Gilde angehören — und anderseits auf seine Wettbewerbsfähigkeit bedacht sein muß, wird wohl den Streit der zwei Seelen in seiner Brust spüren, es aber nicht so weit kommen lassen, daß er darob gezwungen ist, den Psychiater aufzusuchen.

Mit dieser Abschweifung wollen wir die Studie gewiß nicht als utopische Spielerei abtun, noch ihren wissenschaftlichen Ernst in Frage stellen, sondern nur die Schwierigkeiten aufdecken, die sich einem konjunkturgerechten Verhalten entgegenstellen und die vielleicht ein solches Verhalten gar nicht oder nur unzureichend aufkommen lassen. Anderseits wollen wir auch nicht sagen, der gewiesene Weg sei ungangbar. Das Auslösen eines Wirtschaftsaufschwunges durch Vorfinanzierung von Investitionen ist heute grundsätzlich gelöst, und es scheint nicht ausgeschlossen, mit Hilfe des Kredits auch eine Verbrauchsausweitung einzuleiten, um eine Krise oder ihre Verschärfung zu vermeiden.

Die Urheber der Studien sind sich dieser Schwierigkeiten durchaus bewußt, aber auch der Notwendigkeit, daß in der Wirtschaft das individuelle Handeln sich den gesellschaftlichen Notwendigkeiten nicht entziehen darf, wenn Wirtschaftskrisen mit ihrer Not inmitten des Ueberflusses verhindert oder wenigstens gemildert werden sollen. Diese Erkenntnis hat einerseits die Begehren nach Planwirtschaft in ihren verschiedenen Spielarten gerufen und anderseits — dies besonders in den USA — zur Bildung von Gesellschaften geführt, die durch Förderung der Erkenntnis unter Einsatz propagandistischer Mittel versuchen, auf freiwilliger Basis bei Erhaltung der freien Marktwirtschaft und in Abwehr des staatlichen Interventionismus eine Synthese im Handeln der Angehörigen einer jeden Wirtschaftsgruppe unter diesen beiden Gesichtspunkten anzubahnen.

Die 1934 gegründete National Planning Association sieht «in der Neigung zum Zerfall in Interessentengruppen eine der schlimmsten zersetzenden Kräfte unseres nationalen Lebens». Sie sieht daher «Amerikas vordringliches Problem» darin und setzt sich in ihrer Tätigkeit dafür ein, «daß die auseinanderstrebenden Gruppen zu-

sammenarbeiten mit dem Ziel, die Kräfte zu einigen zwecks Herbeiführung der höchst möglichen kulturellen und materiellen Lebenshaltung des amerikanischen Volkes, ohne unsere Freiheit zu opfern». Die Gesellschaft hofft auch, daß «durch wirksame private Planung die «kollektivistische Planwirtschaft» vermieden werden kann. Unter Planung versteht man hier also die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis, ausgerichtet auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und nicht auf betriebliche Probleme, auf Förderung und Schaffung der Bedingungen für eine möglichst optimale Entwicklung eines Wirtschaftszweiges oder — wie im vorliegenden Falle — der Gesamtwirtschaft selbst und — um dies wenigstens annäherungsweise zu erreichen — zur Ausarbeitung von Empfehlungen an die Beteiligten auf Grund eingehender Untersuchungen. Im Vorstand und Treuhänderrat der Gesellschaft sitzen denn auch in erster Linie führende Vertreter der Wissenschaft und der Industrie, aber auch der Gewerkschaften und der Farmerverbände. Den ständigen Komitees für die einzelnen Fachgebiete steht ein Forschungsbüro mit namhaften, fest angestellten Wissenschaftlern zur Seite.

Im gleichen Sinne wirkt das sehr bekannte und angesehene, 1942 von Paul Hoffmann gegründete Committee for Economic Development in Neuyork, das sich etwas einseitig aus Mitgliedern der Geschäftsleitungen großer Unternehmungen und bedeutenden Professoren zusammensetzt. Noch andere der zahlreichen privaten und öffentlichen Organisationen mit gleicher Zielsetzung könnten hier genannt werden. Zu erwähnen ist aber doch die Cowles Commission mit ihrem vom Verteidigungsministerium angestellten wissenschaftlichen Stab wegen ihrer etwas anders gelagerten, unabdingbaren Planungsaufgaben — nämlich die Ausrichtung der Aufrüstung und der Vergebung von Rüstungsaufträgen auf die Volkswirtschaft zur Vermeidung von Stockungen und Erschütterungen.

Auch in Europa sind in den letzten Jahren Gesellschaften im Sinne der National Planning Association oder das Committee for Economic Development gegründet worden, so zum Beispiel das Comité européen pour le progrès économique et social mit Landesgruppen in Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland.

Vom Erkennen bis zum Verwirklichen ist bekanntlich ein weiter Weg, und dort, wo starke egoistische Interessen und gesellschaftlich bedingte Erhaltungstrieb fast unüberwindliche Hindernisse aufbauen, ist er besonders schwierig; ja die Frage stellt sich, ob er überhaupt zum gesteckten Ziel führen kann. Damit wollen wir gewiß nicht der Stagnationsthese das Wort reden oder gar denen recht geben, die im Krieg — dem großen Zerstörer — nur noch das Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung in einer Welt voller nationalwirtschaftlicher Autarkien sehen wollen, die im Krieg nur noch die notwendige Verbrauchsausweitung für möglich halten und in der Depression mit ihrer Arbeitslosigkeit die Produktionsein-

schränkung als das kleinere Uebel hinnehmen. Die Studie der National Planning Association ist ein Wegweiser für die wirtschaftliche Vernunft — ob indessen dieser gerade von denen beachtet und zu Rate gezogen wird, die das Steuer der Wirtschaft in der Hand haben —, und das sind in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung die Unternehmer in erster Linie — das bezweifeln wir; jedoch nur soweit, wie wir hier Zweifel hegen, sind wir Pessimisten.

Die Verhältnisse in den USA können natürlich nicht ohne Vorbehalt mit denen in der Schweiz gleichgesetzt werden. Unbestritten dürfte sein, daß die letzteren noch komplexer sind. Allem Anschein nach beruht auch bei uns die Konjunktur in erster Linie auf den umfangreichen Investitionen einschließlich Wohnungsbau und den Rüstungsausgaben. Ebenfalls ist bei uns nicht vorgesehen, dem Rüstungsprogramm Nummer eins ein solches Nummer zwei usw. folgen zu lassen. Heute wird — auch das wird kaum zu bestreiten sein — die Konjunktur auf höchsten Touren gehalten durch die Verbrauchsausweitung, wie sie sich in den stark gestiegenen Ausfuhren zeigt. Jeder Einsichtige ist sich im klaren, daß diese Rekordhöhe der Ausfuhr für 1953 verbunden mit aktiver Handelsbilanz allem Anschein nach auch mit einer aktiven Zahlungsbilanz und einem ungenügenden Kapitalexport usw. anormal ist und auf schwachen Füßen steht. Ferner dürfte auf lange Sicht die notwendige Verbrauchsausweitung durch vermehrtes persönliches Einkommen — um nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie zu gefährden — nicht schematisch und einzig über Lohn- und Gehaltserhöhungen gesucht werden, denn nicht weniger wichtig für eine reale Einkommenserhöhung ist eine vernünftige und gesunde Preispolitik. Eine solche ist in der Schweiz als das kartellintensivste Land gar nicht so selbstverständlich und wird sicher auch nicht leicht zu erreichen sein. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben in den Jahren nach Kriegsende ihr Verantwortungsbewußtsein unter Beweis gestellt, und heute wie in nächster Zeit werden insbesondere die Unternehmer und ihre Verbände uns zeigen müssen, wieweit sie ihre persönlichen, auf kurze Sicht ausgerichteten Interessen zugunsten eines steten Wachstums der Wirtschaft, eines hohen Beschäftigungsstandes und eines allgemeinen Wohlstandes zurückzustellen vermögen.

Dr. Heinz Schmidt.

Zur Entstehungsgeschichte des Wortes «Streik»

Das deutsche Wort «Ausstand» ist ziemlich neuen Datums, und die ältere Generation deutschsprachiger Arbeiter ist nicht nur mit dem Wort «Streik» vertraut, sondern wird sich wohl auch daran erinnern, daß es — noch zu Beginn unseres Jahrhunderts — in der englischen